

Ratsvorsitzende Droste ruft den TOP anhand der Vorlage auf.

Gruppenvorsitzender Uphoff erklärt im Namen der Gruppe CDU/FDP, dass die jetzt genannten Kosten für die Kinderbeckenanlage in Höhe von ca. 600.000 € sehr hoch sind und den ursprünglich angesetzten Kostenansatz bei weitem übersteigen. Der Ausschuss hat empfohlen, den neu zu schaffenden Kleinkinderbereich bis zu Beginn der Freibadsaison 2019 zu realisieren, allerdings in einer Ausgestaltung, die geringere Kosten verursacht. Er regt an, für die Maßnahme einen baubegleitenden Ausschuss einzurichten. Eine Aufteilung des 50 m-Beckens wird kritisch gesehen.

Ratsherr Brummer-Bange führt im Namen der Fraktion UWG Ankum aus, dass es unstrittig ist, dass das Freibad saniert werden muss. Die Kinderbeckenanlage soll in einer Ausführung kommen, die dem Bedarf für Familien mit Kleinkindern gerecht wird. Die Sanierung des Freibads ist wichtig, damit nicht das Gleiche droht, wie beim Hallenbad Ankum. Was die Sanierung anbelangt, hält er es für gut und wichtig, dass Bersenbrück über ein attraktives Freibad verfügt. Das Kleinkinderbecken ist dabei ein wesentlicher Bestandteil. Die Besucherzahlen im Freibad Bersenbrück sollen mit diesen Maßnahmen weiterhin gehalten werden.

Ratsherr Wilke teilt mit, dass das vor einigen Jahren errichtete Kleinkinderbecken in Nortrup ca. 150.000 € gekostet hat. Es wurden ca. 20.000 € Eigenleistungen eingerechnet. Es sollte möglich sein, ein Kleinkinderbecken für ca. 200.000 € zu bauen.

Ratsherr Johanning regt an, dass zukünftig bei der Erstellung eines Gutachtens bzw. einer Modernisierungsstudie ein Kostenrahmen vorgegeben werden sollte.

Ratsherr Klütsch und Ratsherr Krusche unterstreichen, vor dem Hintergrund der hohen Planungskosten, die Errichtung eines baubegleitenden Ausschusses. Die Modernisierungsstudie für die Sanierung des Freibades und des Neubaus der Kinderbeckenanlage ist ausgefertigt. Die Ratsmitglieder sind von ganz anderen Voraussetzungen ausgegangen. Es war immer von einer Ersatzbeschaffung und einem Planschbecken die Rede gewesen.

Danach fasst der Samtgemeinderat einstimmig folgenden Beschluss: